

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1915**

235 (8.10.1915)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abnahme-  
mentpreis: Zugestellt monatl. 76 J., vierteljährl. 2,35 M.; abgeholt monatl.  
66 J.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftskunden: 7 bis abends 1/2 Uhr.  
Postfachkonto Nr. 2650.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 5spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 J. Lokalrate  
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate  
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Aus der Geschichte Bulgariens.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die bulgarische Regierung auf das Ultimatum Rußlands eine unbefriedigende Erklärung abgegeben. Die unmittelbare Folge davon war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Daß es dabei nicht bleibt, liegt auf der Hand. Der europäische Bürgerkrieg greift auf den Balkan über und tritt damit in sein letztes entscheidendes Stadium. Das Balkanproblem ist in seiner ganzen Tragweite aufgerollt. Bulgarien kämpft nicht nur, um den Verrat Serbiens zu rächen, sondern auch für die endgiltige Befreiung des Balkans von den Einflüssen des Zarismus, die er, getrieben von dem wirtschaftlichen Drange, sich in den Besitz Konstantinopels zu setzen, mit Gift, Dolch und Dynamit ausübt. Die Geschichte der russischen Diplomatie und ihrer Tätigkeit auf dem Balkan ist mit Blut geschrieben.

Nach außen figurierte der Zarismus als der „Befreier der christlichen Balkanstaaten vom türkischen Joch“. Er trat für sie auf, warf sich für sie in die Breche, weil die russischen Staatsleiter rechneten, durch die Vergrößerung der Balkanstaaten auf Kosten der Türkei am schnellsten zu ihrem Ziele Konstantinopel zu kommen.

Diese Maßnahmen und Bestrebungen führten 1877/78 zum Russisch-Türkischen Kriege, jenem blutigen, für Rußland nicht besonders erfreulichen Kriege, aus dem das Fürstentum Bulgarien entstand.

Zunächst noch als Vasallenstaat der Türkei. Im Präliminarfrieden von San Stefano am 3. März 1878 mußte die Türkei alle russischen Forderungen annehmen. Zu diesen Forderungen gehörte auch, daß das neugegründete Fürstentum Bulgarien zwar unter der Oberhoheit der Türkei bleiben, aber bis an das Ägäische Meer ausgedehnt werden sollte. Die Russen behielten sich das Recht vor, Bulgarien zwei Jahre lang militärisch besetzt zu halten.

Aber die überaus verschiedenartigen Interessen der Großmächte wie der Balkanvölker stießen in jenen Abmachungen von San Stefano so hart aufeinander, daß es beinahe zu einem neuen, größeren Kriege gekommen wäre, wenn nicht durch Bismarcks Vermittlung die Verhandlungen noch einmal in Gang gebracht worden wären. Es kam so zum Berliner Kongreß, dessen Aufgabe es war, die Revision des Friedens von San Stefano durchzuführen. Der Berliner Kongreß änderte jene Beschlüsse sehr wesentlich. Der neugeschaffene bulgarische Staat wurde stark verkleinert und in zwei verschiedene Gebiete aufgeteilt: der zwischen dem Balkan und der Donau gelegene Teil wurde zu einem Fürstentum erklärt, das zwar in loser Unterordnung unter dem Sultan verbleiben, in inneren Angelegenheiten aber vollständige Selbständigkeit besitzen sollte. Das Recht, dieses Gebiet militärisch besetzt zu halten, wurde den Russen auf 9 Monate eingeräumt. Der Teil südlich des Balkans mit der Hauptstadt Philippopol sollte als autonome Provinz Osmanniens ein Bestandteil des türkischen Reiches bleiben, aber einen vom Sultan ernannten christlichen Statthalter bekommen.

Bulgarien blieb zunächst unter russischer Verwaltung. Zwar wurde im Frühjahr 1879 Alexander von Batemburg, der unebenbürtige Sohn des heftigen Prinzen Alexander, eines Bruders der Zarin, zum Fürsten erwählt; aber seine Stellung war die eines russischen Vasallen. Als sich gegen diese Rolle des Landes Opposition erhob, wurde der Battenberger in der Nacht vom 20. bis 21. August 1886 in seinem Konak zu Sofia gefangen genommen und zur Abdankung gezwungen. Er kehrte zwar noch einmal nach Bulgarien zurück, verjagte dann aber endgültig auf den Thron und verließ das Land.

Die Sobranje wählte den österreichisch-ungarischen Oberleutnant Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten. Als dieser in Gemeinschaft mit seinem Ministerpräsidenten Stambulow energisch gegen Rußland und seinen diplomatischen Vertreter, den General Kaulbars, auftrat, brach die russische Regierung am 20. November 1886 jede Verbindung mit dem ungetreuen Vasallenstaat ab. Rußland rächte sich weiter dadurch, daß der Zar den Prinzen Ferdinand von Koburg nicht als Fürsten anerkannte, was dazu führte, daß auch die Türkei und die übrigen Großmächte ihm ihre Anerkennung verweigerten.

Im Laufe der Jahre gestaltete sich, namentlich seit Nikolaus II. in Rußland auf den Thron gekommen war, das Verhältnis Bulgariens zu der großen slawischen Macht des Ostens wieder günstiger, wie ja überhaupt Rußland es wohlweislich immer vermieden hatte, es zu offenem Bruche mit Bulgarien kommen zu lassen.

Dieser offene Bruch erfolgt erst jetzt, nachdem Rußland vor zwei Jahren im Bukarester Frieden dafür gesorgt hatte, daß Bulgarien um seine Kriegserwerbungen gebracht war. Diesen Verrat der mit Hilfe Serbiens begangen wurde, hat Bulgarien nicht vergesen, er trägt jetzt seine Früchte.

Es ist ein bedeutender historischer Augenblick: die

Stunde, in der sich Bulgarien gegen den Zarismus und Panislamismus erhebt. Er kann und wird für den Südosten Europas und für Teile Asiens in der Zukunft ganz ungeheure Wirkungen auslösen.

### Die „Hofgänger“-frage in der dänischen Sozialdemokratie.

Unsere dänische Bruderpartei hielt in der vergangenen Woche ihren diesjährigen Parteitag ab, der ein herrliches Zeugnis von dem Wachstum und der Stärke der Sozialdemokratie dieses Landes ablegte und zugleich den Beweis dafür lieferte, daß sie mit Rücksicht auf das Ziel, soweit wir es in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erreichen können, den Bruderparteien der anderen Länder ein gutes Stück voraus ist. Diese Erfolge sind jedoch nicht erreicht worden, weil in Dänemark die Gegner der Sozialdemokratie etwa anständiger wären als anderwärts — sie sind im Gegenteil so ruppig und schiefel gegen unsere Partei, wie sie es nur vermögen —, sondern infolge der seit einem Menschenalter geführten Augen-Taktik, die darauf hinausging, durch engen Anschluß an die jeweils bestehende bürgerliche Opposition die Reaktion in jeglicher Gestalt zu Fall zu bringen und im besonderen die politischen Rechte zu erobern, mit denen sie dann für Durchführung des eigenen Programms weiterkämpfen konnten. So stellte sie sich in den achtziger Jahren und später an die Seite der liberalen Bauernbewegung, um die reaktionäre konservative Herrschaft zu beseitigen, und als dies erreicht war und die Liberalen in die Fußstapfen der Konservativen traten, an die Seite der neu entstandenen bürgerlich-radikalen Bewegung, um der einseitigen Bauernpolitik ein Ende zu machen. Auch dies gelang. Die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wurde dadurch stets stärker, denn selbstverständlich verfolgte die dänische Sozialdemokratie diese ihre Taktik nicht um der schönen Augen der Liberalen und Radikalen willen, sondern sie stellte Forderungen und Bedingungen, auf welche die jeweils von ihr unterstützten bürgerlichen Parteien wohl oder übel eingehen mußten. Von hier primärem Standpunkte aus mag man über eine solche Taktik hinsichtlich der Lage rümpfen und sie verurteilen — und daran hat es in Dänemark auch nicht gefehlt — doch! man jedoch die Absicht im Auge, den Arbeitern neben ihrer sozialistischen Aufklärung praktische soziale Vorteile als nur möglich — politisch wie ökonomisch — zu verschaffen, dann sollte man verständigterweise gegen eine solche Taktik nichts einzuwenden haben. Die dänische Sozialdemokratie ist immer von einer recht nüchternen Anschauungsweise ausgegangen, und dies mag wohl daran liegen, daß die gewerkschaftliche Organisation auch die eigentliche Basis der politischen Bewegung der Arbeiter ist. Deshalb kennt man auch wenig von theoretischen Auseinandersetzungen und Streitigkeiten innerhalb der dänischen Partei; das Hauptgewicht legt man auf die Führung praktischer Politik. Der Arbeiter will Erfolge sehen — und an solchen ist gerade die sozialdemokratische Partei Dänemarks überaus reich.

Diese in großen Umrisse gezeichnete Taktik hat nun mit sich geführt, daß gegenwärtig unsere Partei in Dänemark die eigenartige Rolle einer Regierungspartei spielt — quasi der Gestirn ist, auf dem sich die bürgerlich-radikale Regierung aufgebaut hat. Daß diese zu Konsequenzen führen mußte, die mit dem Parteiprogramm kollidierten, ist ganz selbstverständlich. Und daher kam es auf dem letzten abgehaltenen Parteitag zu einer Debatte über die Taktik, welche von der Fraktion und Parteileitung in den letzten Jahren eingeschlagen worden ist, die aber in Wirklichkeit schon fast so alt wie die Partei selbst ist. Durch die Ereignisse der letzten Jahre — aber vielmehr des letzten Jahres — trat sie nur schärfer und markanter als je hervor, erweckte also auch größeres Aufsehen unter den Parteigenossen, weil sie sich eben zu Beschlüssen und Entscheidungen verhielt, die man zwar längst vorausgesehen hatte, aber von den eingetretenen Verhältnissen beschleunigt wurden.

Bei den letzten Wahlen zum Folkething im Mai 1913 erhielten die verbündeten Parteien der Sozialdemokraten und bürgerlich-radikalen die Majorität und die Folge war der Rücktritt der bisherigen liberalen Regierung. Von den beiden verbündeten Parteien hatte die Sozialdemokratie die stärkere parlamentarische Vertretung, und der dänische König bot daher dem Genossen Stauning, dem Vorsitzenden der Partei, die Bildung eines Ministeriums an. Stauning lehnte diesen Auftrag im Namen der Partei ab und die Radikalen übernahmen die Bildung der Regierung, doch erst dann, als sie sich der Unterstützung durch die sozialdemokratische Fraktion bezweifelhaft hatten. Anderenfalls hätte die radikale Regierung ja in der Luft geschwebt, da ihr der parlamentarische Rückhalt fehlte. Die Aufgabe der Unterstützung gab unsere Fraktion, weil sie an der Durchführung der damals auf der Tagesordnung stehenden demokratischen Verfassungsreform aufs höchste interessiert war und in der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden radikalen Regierung die beste Bürgschaft für das Zustandekommen dieser Reform sah. Die sozialdemokratische Unterstützung galt also nur diesem Zweck, führte aber mit sich, daß unsere Fraktion auch für den Etat — also auch für die Militärforderungen — stimmen mußte, um die Regierung des größeren Zweckes wegen nicht fallen zu lassen. Die Durchführung der Verfassungsreform verzögerte sich infolge der ablehnenden Haltung der Konservativen in der Ersten Kammer, aber auch durch die Verschleppungsversuche eines Teiles der Liberalen, die zwar offiziell für die Verfassungsänderung waren, im geheimen aber dagegen intrigierten.

Da brach der Weltkrieg aus und stellte alles auf den Kopf. Selbstverständlich geriet nun die Verfassungsänderung gegenüber den sich aufdringenden Fragen der Erhaltung und Sicherung der Neutralität des Landes in den Hintergrund. Die radikale Regierung war unter den eingetretenen schwierigen Verhältnissen geneigt, zuzugreifen, doch die sozialdemokratische Fraktion bestand darauf, daß sie bleiben sollte,

und zwar aus dem wohlwogenden Grunde, weil diese Regierung die sicherste Garantie zur Erhaltung der Neutralität Dänemarks bot und es abzulehnen würde, das Land in Kriegswirren zu stürzen. Und zudem dürfte man überzeugt sein, daß sie nur die allernotwendigsten militärischen Veranstaltungen zur Sicherung der Neutralität treffen und die Steuerzahler vor unnötigen Ausgaben in dieser Beziehung verschonen würde. Und die Erfahrung hat diesen sozialdemokratischen Voraussetzungen recht gegeben. Die Folge der Aufforderung unserer Fraktion zum Bleiben der radikalen Regierung war natürlich die Verpflichtung, für deren außerordentliche militärische Forderungen zur Sicherung der Neutralität des Landes zu stimmen, was denn auch geschah.

Als sich dann die Verböslichkeit des Volkes, die beim Ausbruch des Krieges sich immer bemächtigte, wieder gelegt hatte, und alles getan war, um Dänemark den Kriegswirren fernzuhalten, ging man zur Durchführung der Verfassungsreform über, die am 5. Juni d. J. endlich erfolgte. Die Freude über das Zustandekommen dieses Kulturwerks ersten Ranges zu einer Zeit, da die halbe Welt in Flammen stand, war allgemein und der König, der sich der Forderung der Mehrheit des Volkes loyal gebeugt und auf bedeutende Vorrechte verzichtet hatte, ludete die Mitglieder des Parlaments ohne Unterschied zu einer Festlichkeit am Abend des 5. Juni ein. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, gegen die bisher gepflegene Gewohnheit, der Einladung des Königs zu folgen und an dem Feste teilzunehmen.

Dieser Bruch eines früheren Parteibeschlusses — es besteht nämlich ein solcher, wonach es Sozialdemokraten untersagt ist, an Hoffestlichkeiten usw. teilzunehmen — die Zustimmung zum Etat und die Bewilligung der Militärforderungen waren es, welche einigen „prinzipiellen“ Genossen den Anlaß gaben, aus dem Parteitag ein Hochgericht gegen die „das Programm verlebende“ und „Parteitagsbeschlüsse brechende“ Fraktion und Parteileitung zu etablieren. Man kennt ja in Deutschland die Argumentationen der Unentschiedenen bei solchen Gelegenheiten zur Gemüge, als daß es notwendig wäre, näher darauf einzugehen, nur so viel sei gesagt, daß die dänischen Parteimitglieder ihren deutschen Kollegen in nichts zurückstehen. Die Ausdrücke „Verjüngung“, „Verflachung“, „Verdunkelung des Endzieles“ und wie die anderen „Argumente“ alle noch heißen, schwirrten durch den Verhandlungsaal und füllten die Luft mit Elektrizität, die sich jedoch — nicht entzünd und die Säuber geräuscherle. Denn trotzdem man vorher vorsichtigerweise einen Antrag durch den die Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung des Staunings bei der Beschlußfassung über den Tätigkeitsbericht beantragt wurden, durchdrückte, lehnte der Parteitag ein beantragtes Mißtrauensvotum mit 100 gegen 64 Stimmen ab.

Wenn jemals eine solche Debatte nicht am Platze war, dann gerade hier und unter den vorliegenden Umständen. Die eingeschlagene Taktik der Fraktion hat angeblich große Erfolge, die in ihrer Tragweite nicht einmal abzuschätzen sind, gehabt. Daß aber solche Erfolge innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht ohne Opfer zu erringen sind, ist ganz klar und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Das gibt auch der Tätigkeitsbericht ganz offen zu, und Genosse Stauning wiederholte dies in seinem mündlichen Bericht. Ohne die eingeschlagene Taktik seitens der Sozialdemokratie wäre das dänische Volk jetzt nicht im Besitze der freiesten und demokratischsten Verfassung, die es bis heute überhaupt gibt. Und was noch schwerer wiegt: Dänemark wäre schieflich heute mit in die Kriegswirbel hineingezogen, wenn nicht gerade die jetzige Regierung am Ruder geblieben wäre, und das konnte sie nur mit Unterstützung der Sozialdemokratie. Stimmen wurden gerade genug laut, die nun die günstige Gelegenheit zur Wiedereroberung der 1864 verlorenen Landesanteile für gekommen hielten. Und wenn es dann günstigstenfalls nicht zum Kriege kam, wären aber doch ganz andere militärische Veranstaltungen getroffen worden, die an die Steuerzahler — und besonders die Arbeiter — riesige Anforderungen gestellt hätten. Und vor allen Dingen wäre man auch nicht dem Lebensmittelmangel und Spekulantentum in der energischen Weise entgegengetreten, wie es unter dieser Regierung, auf die die Sozialdemokratie natürlich einen großen Einfluß ausübt, der Fall ist. Die Maximalpolitik der liberalen Regierung hat verhindert, daß dem Arbeiter die notwendigen Lebensmittel übermäßig verteuert wurden, was aber ganz sicher geschehen wäre, wenn eine andere Regierung, die außerhalb sozialdemokratischer Einwirkung stand und nur Ohren für die Wünsche der Bauern und Spekulanten gehabt hätte, die radikale ablöste. Aber gerade dies verhinderte die Sozialdemokratie durch ihre Taktik. Ein Redner traf den Nagel auf den Kopf, als er auf dem Parteitage sagte: „Wir sozialdemokratische Abgeordnete sind gestellt wie ein Schiffer, dem man eine Seekarte in die Hand gibt und dazu gleichzeitig die Reißzwecke. Wenn wir auf der Reise entdecken, daß der besessene Weg durch ein Minenfeld führt, dann steuern wir um das selbe herum, oder wir wären ganz schlechte Kerle.“ Und das sah auch die Mehrheit des Parteitag ab.

Und so blieb nur noch die Teilnahme am Feste des Königs als das einzige „Kapitalverbrechen“. Hier lagen die Dinge so, daß die sozialdemokratische Fraktion eigentlich der einzige wirkliche Faktor war, der das Zustandekommen der Verfassung herbeiführte. Und als es endlich nach fast dreijährigem permanenten Kampfe soweit war, gab der König als erster Beamter des Staates — weiter ist er nichts mehr nach der neuen Verfassung, ein Präsident mit Erbfolge — ein Festmahl zur Feier des für Dänemark hochwichtigen Ereignisses. Diese „höfliche Veranstaltung“ war durchaus kein Fest zur Verherrlichung der Monarchie, zur Glorifizierung des Monarchen, im Gegenteil, sie war viel eher eine Guldigung des Monarchen an das demokratische Prinzip, das durch die neue Verfassung Staatsprinzip wurde. Unter diesen Umständen die Einladung des Königs abzuschlagen, wäre nicht nur unhöflich, es wäre geradezu dummes gewesen. Zudem hat sich der dänische König stets beflissen, eine einwandfreie Haltung allen politischen Parteien gegenüber einzunehmen, und die Sozialdemokratie



Italie hat durchaus keine Ursache, über ihn zu klagen. In einem Lande wie Dänemark, wo man der Sozialdemokratie die Bildung der Regierung übertragen will, wo in fast allen Staats- und Kommunalämtern Parteigenossen sitzen — unter den Parteitagendelegierten befanden sich eine große Anzahl Volksschullehrer, zwei aktive Pastoren und drei Bürgermeister — ist es einfach ganz unmöglich, den obersten Repräsentanten des Staates „zu schneiden“, besonders wenn er, wie es hier der Fall ist, die Forderungen seiner Zeit versteht und sich der Volkssouveränität unterwirft. Der Parteitag ging denn auch sicher von diesen Erwägungen aus, als er mit 177 gegen 47 Stimmen eine Resolution annahm, in welcher die Notwendigkeit der Teilnahme am parlamentarischen Leben durch die Arbeiterklasse anerkannt und zugegeben wird, daß dies zu Pflichten gegenüber der bestehenden Regierungsform führen kann. Die Parteileitung wird daher aufgefordert, Regeln für die Ausübung notwendiger Repräsentationspflichten aufzustellen, oder ihre Entscheidung bei jedem einzelnen Falle zu treffen. Mit diesem unter den bestehenden dänischen Verhältnissen vernünftigen Beschlusse ist das frühere Verbot des „Zwangsbesuchs“ aufgehoben und das ist gut so. Man kann ein ebenso überzeugendes und prinzipienfester Sozialdemokrat sein und bleiben, auch wenn man hin und wieder einmal am Tische des Königs sitzt.

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

#### Der französische Bericht.

Paris, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern mittags 3 Uhr: Im Artois dauerte die gegenwärtige Beschäftigung an mit besonderer Festigkeit südlich vom Balde von Oudenburg. Wir machten einige Fortschritte durch Angriffe mit Granaten in den Verbindungswegen südwestlich vom Schloß La Follie. Von der ganzen übrigen Front wird nur die Artillerietätigkeit gemeldet, so in der Champagne zwischen Naas und Mosel nördlich von Fizey und von der Lotharingenfront, bei Reintrey, Gondrexon und Domeve.

Paris, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Unsere Unternehmung in der Champagne erzielte neue Ergebnisse. Unsere Infanterietruppen erstickten nach starker Artillerievorbereitung das Dorf Tahure und erreichten den Gipfel des Hügel gleichen Namens, der einen Stützpunkt in der zweiten feindlichen Linie bildete. Wir rückten mehrfach in der Umgebung der Rabarin-Höhe vor. Die Gesamtzahl der Gefangenen übersteigt augenblicklich 1000. Von der übrigen Front meldet man nur Artilleriekämpfe, die im Artois, im Gebiete des Soudan-Balbes, an der Höhe 119, in den Argonnen, nördlich Garange, im Priesterwald, an Lothringen, bei Reintrey, Reillon und Vadonville, sowie in den Vogesen am Stamm von Mepeval besonders kräftig sind.

### Vom östlichen Kriegsschauplatz.

#### Der russische Bericht.

Petersburg, 7. Okt. (Nicht amtlich.) In der Gegend von Jakobstadt löst die gewöhnliche Beschäftigung wieder auf. Südwestlich von Jakobstadt beschossen die Deutschen die Gegend von Jargrad (12 Kilometer südlich Liebenhof an der Düna). In der Gegend von Dünaburg unaufhörliches Artillerieduell. Südlich von Postawj waren wir die Deutschen beim Verwerf Sagatsch (5 Km. südöstlich Postawj) aus ihren Gräben. Auf der Front zwischen dem Karotsee und dem Wischniewsee drängten wir den Feind noch weiter zurück. Während der Verfolgung in der Gegend südwestlich des Wischniewsees nahmen unsere Truppen das Dorf Abramotow (12 Kilometer südlich des Wischniewsees), das Dorf Wobrylni (3 Kilometer nördlich Smorgon) und das Dorf Minki (1 Kilometer nordwestlich Smorgon). Weiter südlich bis zum Pripiet keine wesentlichen Veränderungen. Bei der Mündung des Stochod versuchte der Feind von neuem sich in den Besitz des Dorfes Rojog (50 Kilometer südwestlich Minski) zu setzen, indem er dort einen Angriff unter dem Schutze seines konzentrischen Artilleriefeuers machte. Wir wiesen den Angriff ab. Südwestlich Gzartorski wurde der Feind auf das Dorf Nowosiolki (6 Kilometer südwestlich Gzartorski) zurückgeworfen, wobei er ungefähr 150 Gefangene und Maschinengewehre im Stiche ließ. Bei den Dörfern Krasnowola (13 Kilometer und Kozehozec 3 Kilometer östlich Minski) hatten wir Zusammenstöße mit dem Gegner, der in östlicher Richtung vorging.

### Der Krieg mit Italien.

#### Oesterreichischer Bericht.

Die Gefechtsstätigkeit an der Südwestfront beschränkte sich gestern auf die gewöhnlichen Geschützkämpfe. Nur gegen den Nordteil der Hochfläche von Daberdo bei Petreana verlusten Abteilungen eines italienischen Mobil-Regiments angreifen. Dieses Unternehmen scheiterte vollständig. Unsere Truppen jagten den Feind in der Nacht bis über seine Vorpostenaufstellung zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

### Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

#### Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Das Hauptquartier teilt von gestern abend mit: An der Dardanellenfront nichts von Bedeutung, außer gelegentliches Feuer von beiden Seiten an einzelnen Stellen. Drei feindliche Torpedoboote näherten sich der Mündung des Keressibere und beschossen unsere linken Flügel. Durch das Gegenfeuer unserer Batterien am asiatischen Ufer entzündet am Bord eines Torpedobootes ein Brand, worauf die Boote sich entfernten. Im übrigen hat sich nichts Neues ereignet.

#### Der Bierverband und Bulgarien.

Berlin, 7. Okt. Das Auftreten König Konstantins gegen Benizelos traf Italien politisch und moralisch sehr schwer. Alle Hoffnungen, die in den letzten drei Tagen über die Gestaltung der Balkanlage genährt wurden, sind, wie der Nationalzeitung aus Lugano berichtet wird, zusammengebrochen. Der „Corriere della Sera“ gesteht ein, daß die Russen, Franzosen und Engländer nicht genügend Truppen besitzen, um einen Angriff gegen Bulgarien wagen zu können. Der Bierverband wird deshalb vorläufig Bulgarien nicht den Krieg erklären.

#### Abrisse der Entente-Diplomaten aus Sofia.

Rom, 7. Okt. (Nicht amtlich.) „Agenzia Stefani.“ Die Gesandten Englands und Italiens haben der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in der sie sich dem von dem Gesandten Russlands und Frankreichs überreichten Ultimatum anschließen; sie fordern ihre Rüsse.

### Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.W. Großes Hauptquartier, 7. Oktober. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die französische Offensive in der Champagne nahm ihren Fortgang. Nach starkem, nach und nach bis zu äußerster Festigkeit gesteigertem Artilleriefeuer setzten gestern mit Tagesgrauen die Angriffe wieder ein.

Nordwestlich von Souain brachen unter schwersten Verlusten und Einbuße von 2 Offizieren und 180 Mann an Gefangenen 6 Massenangriffe der Franzosen zusammen.

Westlich der Straße Somme Rh.-Souain in Richtung Saint Marie konnten Teile von 2 neu eingetroffenen Divisionen an einer Stelle über unsere vordersten Linien vordringen. Durch sofort einsetzende Gegenangriffe wurde der Feind wieder hinausgeworfen. 12 Offiziere, 29 Unteroffiziere, 550 Mann blieben als Gefangene in unserer Hand, 2 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Westlich der genannten Straße konnte der Feind bei seinem Massenangriff keine nennenswerten Erfolge erzielen. Gegen ein kleines Grabenstück östlich des Rabarin-Gebüshes, in dem er sich halten konnte, ist der Gegenangriff im Gange.

Nur bei und nördlich Tahure gelang es dem Feind nach hin und her wogendem Gefecht, etwa 300 Meter Raum zu gewinnen. Der Angriff kam durch unseren Gegenangriff zum Stehen.

Die Versuche des Feindes, die Stellung nördlich und nordöstlich des Beau Sejour-Gebüshes zu durchbrechen, scheiterte gänzlich. Wo der Feind bis in unsere Gräben vordringen konnte, wurde er niedergemacht oder gefangen genommen. Die Stellung ist restlos in unserem Besitz. 3 Offiziere, 300 Mann wurden als Gefangene abgeführt, 3 Maschinengewehre dem Feinde abgenommen.

Einem heftigen, aber erfolglosen Angriff in den Morgenstunden gegen die Briqueterie-Stellung nordwestlich von Ville-sur-Tourbe folgten im Laufe des Tages nur schwächere Vorstöße, die abgewiesen oder durch Artilleriefeuer im Keime erstickt wurden.

Nördlich von Arras fanden nur bedeutungslose Handgranatenkämpfe statt. Im Aisnetal bei Savignoul mißglückte ein schwächlicher französischer Ueberfall auf einen vorliegenden Grabenteil.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Vor Dünaburg drangen unsere Truppen in fünf Kilometer Breite in die feindliche Stellung ein.

Südlich des Drusawjatsch-See ist der Feind weiter zurückgedrängt. Eine attackierende russische Kavalleriebrigade wurde zusammen geschossen.

Zwischen dem Woginskoye-See und der Gegend von Smorgon wiederholten die Russen ihre verlustreichen Durchbruchversuche, die ohne Ausnahme, zum Teil nach Nahkampf gescheitert sind. Es sind 11 Offiziere und 1300 Mann zu Gefangenen gemacht.

Bei Ragoasen (an der Rigaer Ducht) wurde ein russisches Torpedoboot durch unsere Landbatterien schwer beschädigt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern

Nichts Neues.

Heeresgruppe des Generals v. Linington. In den Kämpfen bei Gzartorski ist der Feind aus den Waldungen westlich dieses Ortes geworfen.

#### Balkan-Kriegsschauplatz.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben die Drina, die Save und Donau an mehreren Stellen überschritten und auf dem östlichen Drina- und südlichen Save- und Donau-Ufer festen Fuß gefaßt.

#### Oberste Heeresleitung.

### Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht, 7. Oktober, mittags:

#### Russischer Kriegsschauplatz.

An der bessarabischen Grenze und bei Krzemieniec in Wolhynien wurden mehrere russische Angriffe abgewiesen. Sonst herrschte an der östgalizischen Front und an der Kwa-Kuba.

Nördlich von Dubno und an der Butilowka setzte der Feind an zahlreichen Punkten unter großem Munitionsaufwand starke Kräfte zum Angriff an. Er wurde überall unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Teilweise kam es zu einem erbitterten Handgemenge, so bei Dlyta, wo den Russen die Linien Division in gewohnter Kampfbereitschaft entgegen trat. Wir nahmen etwa 800 Mann und mehrere Offiziere gefangen.

Nordöstlich von Kofki, beiderseits der von Sarny nach Kowel führenden Bahn, ist der Feind an einzelnen Stellen auf das Westufer des Styr vorgedrungen. Ein von österreichisch-ungarischen und deutschen Kräften geführter Gegenangriff schreitet erfolgreich fort.

Oesterreichisch-ungarische Bataillone entziffen den Russen das zäh verteidigte Dorf Kulikowitsch am Styr, wobei 200 Gefangene eingebracht wurden. Deutsche Truppen vertrieben den Gegner aus seinen Stellungen bei Gzartorski.

Bei den k. l. Streitkräften an der oberen Szczara nichts Neues.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oesterreichisch-ungarische und deutsche Streitkräfte erzwangen sich gestern zwischen der Mündung der Drina und dem Eisernen Tor an zahlreichen Punkten den Uebergang über die Save und Donaulinie. Die serbischen Vortruppen wurden zurückgeworfen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

### Völliger Bruch zwischen König Konstantin und Benizelos.

Budapest, 7. Okt. Die griechischen Zeitungen veröffentlichen nach Athener Depeschen sehr interessante Mitteilungen über den Ausbruch der Gegensätze zwischen dem König und Benizelos. Das Blatt „Etryp“ erklärt, Benizelos sei überführt worden, mit dem Bierverband ein abgefartetes Spiel zu treiben. Er habe versprochen, die Gelegenheit des Vormarsches der deutsch-österreichischen Truppen auf dem Balkan zu benutzen, um aus der Neutralität herauszutreten zu können, und sei bereit gewesen, einen groß angelegten Plan des Bierverbandes anzunehmen, der zur Abwehr des Vormarsches der Zentralmächte auf dem Balkan ausgedacht worden war. Das Organ des früheren Ministerpräsidenten Gunaris bestätigte gleichfalls den völligen Bruch zwischen dem König und Benizelos und betont noch, daß der König schon wegen des Telegramm diebstahls durch die Agenten des Bierverbandes in fremder Sache, zumal Benizelos sich bemühte, die Sache zu vertuschen.

#### Ein Koalitionskabinett Zaimis.

Rotterdam, 7. Okt. Aus Athen wird hierher berichtet: Nachdem in einer Unterredung des Königs mit den früheren Ministerpräsidenten ein Koalitionskabinett, unter Zaimis zu bilden beschlossen war, erklärte Benizelos, daß er und seine Partei ein derartiges Kabinett unterstützen würden, wenn die Mobilisation aufrecht erhalten bliebe. Außer dem deutschen hatte auch der englische Gesandte eine längere Unterredung mit dem König. In politischen Kreisen ist man ruhig, da man einflieht, daß unangenehme Uebererraschungen den Ausgang des Krieges nicht dauernd beeinflussen können.

#### Das griechische Parlament und Benizelos Politik.

Berlin, 7. Okt. Der Londoner „Morning Post“ wird aus Athen gemeldet, daß nach der Kammerrede des Ministerpräsidenten nacheinander Dragumis, Mallis, Theotokis und Gunaris gegen die Landung fremder Truppen Verwahrung einlegten. Sie verurteilten den Ministerpräsidenten wegen seiner unverwandten Freundschaft mit Theotokis, erklarte, daß nach seiner Meinung der Vertrag mit Serbien in Gebietsabtretungen an Bulgarien einwillige, die dem Bulgarischen Frieden widerspreche. Hierauf versuchte Benizelos, seine Politik in einer längeren Rede zu rechtfertigen. Zum Schluß griff er einen Teil der Athener Presse an, der er Beschuldigung und Vergiftung der öffentlichen Meinung vorwarf. Nach dieser Rede herrschte großes Tumult. Hierauf nahm Theotokis aufs neue das Wort und warf dem Ministerpräsidenten vor, daß er gemeinschaftliche Sache mit Russland mache, das Mann für die Aushebung der Slawen brauche, ferner mit Italien, das Nordserbien, die griechischen Inseln und selbst Kosku haben wolle und mit England, das griechisches Gebiet an Bulgarien abzutreten beabsichtige. Griechenland's Pflicht sei zum mindesten, streng neutral zu bleiben.

#### Die „unerträgliche Lage“ in Athen.

London, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die „Times“ die „Morning Post“, „Daily News“ und „Daily Chronicle“ bemerken zur griechischen Krise: Die Sachlage schone noch nicht schlüssig. Die einzige Möglichkeit für rasche Beendigung der unerträglichen Lage sei, die in Saloniki gelandeten Streitkräfte sofort so viel wie möglich zu vernehmen und sie durch ein mächtiges Geschwader zu verstärken. Die „Times“ und die „Morning Post“ bringen außerdem darauf, der griechische König solle aufgefordert werden, unabweisend seine Pflicht zu erkennen zu geben.

#### Die Balkanfragen der französischen Presse.

Genf, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Die französische Presse erklärt, das russische Ultimatum an Bulgarien werde endlich die Entscheidung herbeiführen. Die Haltung Griechenlands, die Landung von Truppen der Alliierten in Saloniki, würden auch auf die Haltung Rumaniens entscheidenden Einfluß ausüben. Einige Blätter, wie der „Matin“, „Guerre Sociale“ betonen, es sei notwendig, genügend starke Truppenmengen nach Mazedonien zu entsenden, damit die Alliierten auch ohne Hilfe des österreichisch-ungarischen, deutschen und bulgarischen Ansturms siegreich überwinden könnten. Das beste Mittel, schwankende Staaten auf seine Seite zu bringen, sei immer noch der Sieg. Gustave Herbe erklärt im „Guerre Sociale“, nötigenfalls müsse man auch die an den Dardanellen operierenden französischen Truppen nach Mazedonien versetzen. Clemenceau hofft, daß die Truppenlandung in Saloniki nicht ebenso wie die Landung an den Dardanellen unpraktisch sei, denn die Lage gestalte nicht, nochmals ähnliche Fehler zu machen wie bei den Dardanellenunternehmungen.

#### Einstellung der Truppenlandungen.

Berlin, 7. Okt. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Athen vom 6. Oktober mittags: Die gestern begonnene Truppenlandung des Bierverbandes in Saloniki ist bis zur Klärung der Lage eingestellt.

### Sonstige Kriegsnachrichten.

#### Englische Verluste.

London, 7. Okt. (Nicht amtlich.) Die gestrige Verlustliste weist die Namen von 106 Offizieren, davon 96 von der Westfront und 2986 Mann aus. Unter den Gefallenen befinden sich der Major der Reserve Minian Crighton Stuart und die Generalmajore Capper und Wing; der Brigadegeneral Dods ist verwundet. Die „Times“ zeigt außerdem den Tod von 47 Offizieren an, die noch nicht in der amtlichen Liste stehen.

### Ausland.

Frankreich. Neuorganisation der Ministerien. Der „Temps“ meldet, daß der Vorbehalt des Finanzausschusses des Senats, Petral, eine Neuorganisation der französischen Ministerien für die Dauer des Krieges vorzuschlagen beabsichtige. Augenblicklich bestehen in Frankreich 14 Ministerien, davon 2 ohne Portfeuille, sowie 8 Unterstaatssekretariate. Petral schlägt vor, für die Dauer des Krieges die Zahl der Ministerien auf 8 und die der Unterstaatssekretariate auf 5 herabzusetzen. Nach der Neuorganisation sollten folgende Ministerien bestehen: 1. Rüstung (ohne Portfeuille), 2. Auswärtige Angelegenheiten, 3. Krieg, 4. Marine und Kolonien, 5. Finanzen, 6. Oeffentliche Arbeiten, Handel, Post und Telegraphen, 7. Inneres, Justiz und Arbeiten, 8. Oeffentlicher Unterricht, schöne Künste und Ackerbau. Das



zweite Ministerium ohne Portefeuille soll abgeschafft werden, ebenso das Unterstaatssekretariat der Auswärtigen Angelegenheiten, das der schönen Künste und das des Innern, jedoch nur die vier Unterstaatssekretariate des Krieges und das Unterstaatssekretariat der Handelsmarine bestehen bleiben. Der Vorschlag Behrens wird augenblicklich geprüft und wird erst in parlamentarischer Form niedergelegt werden, wenn Behrens sich über den Umfang der Ersparnisse Rechenschaft abzulegen vermag, die sein Vorschlag zur Folge haben könnte.

**Italien.**

Die würdige Zukunft der Kriegslieferanten in Italien. Dem „Giornale d'Italia“ wird aus Palermo geschrieben: Daß die Militärlieferanten unerhörte Preise von Staate verlangen und erhalten, ist nachgerade stadtbekannt. Dagegen wäre Verbrechen. Schon die erste Requisition der Pferde, Esel, Automobile vollzog sich zu Skandalpreisen. Dann fiel der Goldregen auf die Lieferanten von Lebensmitteln und Weinwaren. Hierbei wurde z. B. für ein Kilogramm Feigware 0,85 statt 0,68, für Weißbrot 7 Lire statt 2,50 gezahlt. Der Staat kauft hier in Palermo die Ware zu Schwindelpreisen. Unter den sich bereichernden Zwischenhändlern besteht ein dichtes Netz von Interessenten und Symplicitäten, während die ehrlichen Kaufleute beiseite geschoben werden. Die Regierung ist unglücklicherweise blind in die ihr von den Spekulantengestirnen Hallen gelaufen und sollte jetzt ohne Verzug dadurch Abhilfe schaffen, daß sie telegraphisch die Erlaubnis zu weiteren Ankäufen widerruft, die bisher abgeschlossenen Abkommen für nichtig erklärt und eine Untersuchung einleitet. Ein unmenschliches Eingreifen wäre — das bedenke die Regierung — für die hohe Moral des sizilianischen Volkes eine Wohltat. Wenn das leicht erregbare Volk seine Söhne auf den Schlachtfeldern heldenhaft sterben und dann die Zwischenhändler sich auf Kosten des Staatschattes bereichern sieht, dann füllt dieses aufrichtige Volk seine Begeisterung und jedes Vertrauen schwinden. Und wie, wenn der blinde Zorn eines getäuschten Volkes erweckt wird.

**Pulkaub.**

ArbeitsEinstellung der Moskauer Hochschulen. Die „Nowoje Wremja“ meldet unterm 2. d. M. aus Moskau, daß an der Universität keine Vorlesungen stattfinden. Auf den Straßen vor der Universität ist eine verstärkte Polizeibewachung aufgestellt. Auch an der Kaiserlichen für höhere weibliche Kurse und ebenfalls an der kaiserlichen technischen Lehranstalt werden keine Vorlesungen gehalten.

**Deutsche Politik.**

**Kriegsgewinne.**

Die Aktiengesellschaft „Karl Berg“ in Cöcking i. W. erzielte in dem vom 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre einen Nettogewinn von 2.672.748 M. gegen 668.827 M. im Vorjahre. Nach reichlichen Abschreibungen, wobei z. B. die vorhandenen Maschinen bis auf 1 M. abgeschrieben wurden, verbleibt ein Reingewinn von 1.650.448 M. gegen 310.547 M. 1913/14. Zur Verteilung gelangt eine Dividende von 15 Prozent gegen 5 Prozent im Vorjahre. Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Die Dividende hätte, wenn nicht ungeheure Abschreibungen und sonstige Rückstellungen gemacht worden wären, 50 Prozent betragen können.

Die „Stadtberger Hütte“ in Niedermansberg hat ihren Betrieb ebenfalls mehr als verdreifacht. Das Unternehmen erzielte im Jahre 1914/15 einen Betriebsergebnis von 745.023 M. gegen 220.637 M. Aus dem Reingewinn von 282.459 M. (48.632 M.) wird eine Dividende von 10 (2) Prozent gezahlt.

**Kann gut werden!**

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich scharf gegen einige sachliche Unstimmigkeiten, die den Landwirten nahegelegt haben, sich mit dem Ausdruck des Getriebes etwas zu befehlen. Zum Schluß bemerkt das Blatt:

„Im übrigen werden wir demnächst alle gegen die Landwirtschaft gerichteten Vorwürfe im Zusammenhange behandeln und glauben dabei den Nachweis führen zu können, daß sie ebenso unbedeutend und ungerecht sind, wie die, die wir hier einer kurzen Erörterung unterzogen haben. Wir bedauern, daß wir wiederum zu solcher Abwehr gezwungen sind, sie ist aber nötig, weil sich der Landwirt eine tiefe Erregung bemächtigen müßte, wenn sie trotz der gewaltigen Opfer, die sie bringen und gern bringen, gegen unbillige und unbegründete Vorwürfe nicht in Schutz genommen würden. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch die Regierung in dieser Beziehung abwehrend und aufklärend wirke.“

Ueber die Opferwilligkeit der Landwirtschaft herrschen recht verschiedene Meinungen, jedenfalls sind die heutigen Zeiten für keinen Stand — ausgenommen etwa die Rüstungsindustrie — lukrativer, als gerade für die Landwirte. Auf die angeklagte Zusammenstellung darf man deshalb mit Recht gespannt sein.

**Kartoffelversorgung.**

Nach der „Vossischen Zeitung“ könne es als sicher gelten, daß nach im Laufe dieser Woche der Bundesrat eine Verordnung zur Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln im neuen Erntejahre erlassen wird. Im Reichsamt des Innern hat gestern (Dienstag) eine Sitzung der in Frage kommenden Abteilungsvertreter der verschiedenen Regierungsstellen stattgefunden. Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der zunächst den Bundesratsbeschlüssen der letzten unmitttelbar bevorstehenden Zusammenkunft beschließen wird. Die Vollziehung, die alsdann die Kartoffelverordnung endgültig annehmen soll, ist für Ende dieser Woche in Aussicht genommen. Der dem Bundesrat zugehende Entwurf vermeidet es, die natürlichen Verhältnisse in der Kartoffelindustrie durch einschneidende Maßnahmen zu beeinflussen. Allerdings werden für die Hebernahme bestimmter Kartoffelmengen durch die neu zu schaffende Reichskartoffelstelle bestimmte Preise durch den Bundesrat festgesetzt werden.

**Demonstrierende Kriegerfrauen.**

In Rattowik kam es, wie der „Deutsche Kurier“ meldet, dieser Tage zu einem Auftritt, der gewissen Kreisen recht unliebsam war. Etwa 50 Frauen im Felde weilender Kriegsteilnehmer besperrten auf der Straße dem zum Dienst gehenden Oberbürgermeister Hofmann den Weg und forderten von ihm das Versprechen, daß er bemüht sein werde, die von der Stadtverwaltung bewilligte Kriegsunterstützung erheblich zu erhöhen, da mit der zur Auszahlung gelangenden Summe bei der heutigen Zeit nicht auszukommen sei, zumal es an Verdienst mangelte. Der Oberbürgermeister gab nachgedrungen das Versprechen.

**Mandatsmüde.**

Der nationalpolitisch gesinnte eifassische Landtagsabgeordnete, Doktor Kübler in Kolmar, hat sein Landtagsmandat und seine Ehrenämter niedergelegt und wird sich völlig aus dem politischen Leben zurückziehen.

**Eine anerkennenswerte Verfügung.**

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz getroffen: daß das in seinen Wäldern erlegte Wild billig an die Gemeinden, unentgeltlich an die Lazarette und gar nicht zur Ausfuhr abgegeben werden soll. — Zur Nachahmung empfohlen! An Gelegenheit fehlt's nicht.

**Gefallene Badener.**  
Den Heldentod fürs Vaterland starben:

St. d. R. Karl Schmieder, Ritter des Eisernen Kreuzes; U. O. Friedrich Bold, Ritter des Eisernen Kreuzes; Hochbautechniker Walter Gebhard und Gebr. Hugo Westheimer, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Karlsruhe. St. d. R. Joseph Dreunig, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Buchen. St. d. R. Bibliothekar bei der Handelskammer Mannheim, Willi Wenke; Otto Hahstoll und Jäger Heinrich Strauß von Mannheim. Schreiner Georg Schmitt von Redarsteinach. Kellner Karl Götz von Singheim bei Baden. Landsturmmann Wälder Emil Görth von Offenburg. Musik. Otto Müller von Heimbach. Eri.-Reg. Wilhelm Gerbstritt von Buchholz. Musik. Gustav Buchholz und Off.-Stellb. Richard Haberer, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Freiburg. Gebr. Karl Gek von Neuhäusen. Musik. Joseph Ummenhofer von Willingen. Ernst Meier von Kleinfens bei Börsach. Eri.-Reg. Schriftf. Adol. Steinmüller und Steingutdreher Joseph Jansenmann, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Zell a. S. Eginno Sauter von der Insel Reichenau. Karl Gaibler und St. d. R. Franz Birkl von Konstanz.

**Aus dem Lande.**

**Offenburg.**

Lebensmittelpreise. Für die von der Stadt angekauften und in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen zu kaufenden Lebensmittel sind folgende Verkaufspreise für das Pfund festgesetzt. Makaroni 65 Pfg., Gerste 55 Pfg., Grieß mittel und groß 50 Pfg., Butterdarm 2 M., Kristallzucker 28 Pfg., Würfelzucker 30 Pfg., Orichzucker 30 Pfg., Süßzucker 28 Pfg., Würfelzucker in Paketen von 5 Pfund 1,50 M., Schweinefleisch für das Pfund 2 M., Schweinefleischkonserve Dose 1 Pfund 1,30 M. In die einzelnen Abnehmer darf nicht mehr wie 2 Pfund von jeder Warengattung abgegeben werden. Heute Freitag von 1/5 Uhr an städtischer Butterverkauf, Tafelbutter zu 2,10 M. das Pfund. Versuchsweise wird dänischer Tafelkäse in Stücken zu 450 Gramm und 900 Gramm zum Preise von 1 M. und 2 M. abgegeben.

Reichenbach bei Ettlingen, 7. Okt. Der siebenjährige Anbau einer hiesigen Arbeiterfamilie brach beim Futterernte seine tiefe Hand in die Futtermittelmaschine. Sie wurde ihm am Handgelenk vollständig abgetrennt. Das unglückliche Kind kam in das Krankenhaus nach Karlsruhe.

Wörthheim, 7. Okt. Ein Unfall ereignete sich beim Bahnhofsbau Wörthheim, wo eine Widmung abgetragen wird. Der dort beschäftigte, 37 Jahre alte Arbeiter Max Bertoni aus Udine (Italien) hatte auf dem obersten Absatz in etwa sechs Metern Höhe die etwas überhängende Erdmasse unterminiert. Plötzlich löste sich eine Erdmasse, nahm den Bertoni mit und bedeckte ihn bis in die Kniegegend. Er erlitt dadurch einen Beinbruch und wurde später ins Krankenhaus verbracht.

Geiselsberg, 8. Okt. Bei der Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung geht das hiesige Bezirksamt besonders streng vor. Nachdem es erst vor einigen Tagen vor dem übermäßig hohen Preise beim Verkauf der Landbutter gemahnt hat, macht es jetzt darauf aufmerksam, daß der Preis der Süßrahmbutter mit 2,50 M. für das Pfund ein viel zu hoher ist, da die Süßrahmbutter zu viel niedrigeren Preisen eingekauft wird. Den gewöhnlichen Einkauf von Gegenständen des Wochenmarkts hat das Bezirksamt jetzt vor morgens 10 Uhr untersagt.

Mannheim, 6. Okt. Hauptversammlung des Fröbelverbandes. Bei der abgehaltenen 17. Hauptversammlung des deutschen Fröbelverbandes war von über 100 Vertreterinnen und Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besetzt. Die Tagung besetzte sich u. a. mit der Arbeit der Kindergärten während des Krieges, aus denen zumeist Kriegskindern für vorübergehende Kinder geworden sind. Stadtschulrat Dr. Siffinger von Mannheim sprach sodann über die Förderklassen schwachbegabter Kinder, wobei er forderte, daß der Unterricht durch besonders geeignete Lehrer erteilt werden müsse und die Zahl der Kinder eine geringere sein solle. Der Lehrer müsse sich mit jedem Kind individuell befassen können. Nach einer sehr regen Aussprache wurde noch die Frage der weiblichen Dienstpflicht erörtert. Die Ansichten gingen darauf auseinander, daß ein Resultat nicht herbeigeführt wurde. Die Angelegenheit wurde zur weiteren Erörterung zurückgestellt.

Walsfeld bei Wiesloch, 8. Okt. Die schon einmal unter dem Verdacht des Kindesmordes festgenommen, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzte Johanna Dürk von Herrenberg wurde erneut verhaftet, da sie nunmehr eingestanden hat, ihr neugeborenes Kind mit ihrem Schwager, dem Vater des Kindes, nach der Geburt getötet zu haben. — In St. Leon wurden drei Personen, Vater, Sohn und Tochter, wegen Blutschande verhaftet.

Freiburg, 8. Okt. In einer hier abgehaltenen Bädererversammlung, in welcher u. a. auch mitgeteilt wurde, daß die Freiburger Bädermeister keine Freunde der Wiedereinführung der Nachtarbeit seien, wurde eine Entschädigung angenommen, in welcher die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, daß auch nach dem Kriege die Nachtarbeit dauernd beseitigt bleiben kann, ohne daß dem Gewerbe irgendwelcher Schaden erwächst. Des ferneren erklärte die Versammlung, daß ein Verbot der Sonntagsarbeit sehr wohl durchführbar ist, da die Möglichkeit gegeben ist, am Tage vorher bereits das erforderliche Beihgebed für den Sonntagsbedarf herzustellen.

Freiburg, 7. Okt. Wegen des Petroleummangels hat sich der hiesige Stadtrat veranlaßt gesehen, sich mit der Spiritus-Gläublichkeitskriegsgesellschaft in Berlin in Verbindung zu setzen, um auch für die Stadt Freiburg zu günstigen Preisen Spiritus-Gläublichkeitsbrenner zu beschaffen. Die städtische Gaswerksverwaltung wird bereit 50 der in Frage kommenden Lampen anzukaufen und zu billigen Preisen an Interessenten weitergeben.

Neuershausen, 7. Okt. In der Nacht sind hier drei Mäusen durchgebrannt, ein Hagefeldweibel und zwei Unteroffiziere. Einer von ihnen spricht deutsch.

Reutlingen bei Dornbach, 7. Okt. Beim Aufschneiden stürzte der 57jährige Landwirt Bernhard Indlefer so unglücklich vom Baume herab, daß er schwere Verletzungen erlitt, denen er erliegen ist.

Konstanz, 7. Okt. Wie schweizerische Blätter melden, umfaßt der deutsch-französische Verbandsaustausch vier Züge ab Konstanz mit 1411 französischen Verbandsmitgliedern und fünf Züge ab Lyon mit etwa 356 deutschen Kriegsuntauglichen. Der nächste Austausch wird voraussichtlich im November stattfinden.

Wültenberg, 7. Okt. Letzte Woche wurde in Wültenberg durch den Ortsdiener bekannt gemacht, daß Butter nicht teurer als 1,20 M. verkauft werden dürfe.

**Teuerungszulage mit Hindernissen.**

Die Zweigvereinsleitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Karlsruhe schreibt uns: Wenn der Schreiber der Notiz „Teuerungszulage mit Hindernissen“ in Nr. 232 des „Volkstribunals“ vom 5. d. M. glaubt, wir seien verpflichtet, wegen der Teuerungszulage bei Dyerhoff u. Widmann Aufklärung zu geben, so trifft dies nur bedingt zu. Eine solche Verpflichtung haben wir nur unseren Mitgliedern gegenüber und sind diese, die bei dieser Sache in Betracht kommen, längst unterrichtet. Weil nun aber gerade in heutiger Zeit die Öffentlichkeit sich um derartige Dinge interessiert, so schieben wir nicht an, in folgendem den Sachverhalt wegen der Teuerungszulage bekannt zu geben:

Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik erweitert zurzeit ihren Betrieb durch einen großen Neubau, den die Firma Dyerhoff u. Widmann zur Ausführung übernommen hat. Für die Arbeiter an dieser Baustelle wurde eine Kantine errichtet. Da sich in dieser Kantine sehr viele Mängel ergaben, legten die Arbeiter zum großen Teil ohne Genehmigung der Organisationsleitung am 5. Juli die Arbeit nieder. Am 6. Juli fanden diesbezüglich zwischen den Vertretern der Firma Dyerhoff u. Widmann, den Herren Bedtel und Gruber, und dem Vertreter des Bauarbeiterverbandes Verhandlungen statt (Die Arbeit wurde am 7. Juli wieder aufgenommen). In dieser Verhandlung wurde unter anderem zum erstenmal an die Firma das Ersuchen gestellt, den Bauarbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Herr Bedtel erklärte damals, daß die Firma für diese Frage nicht zuständig sei und sich dabei durchblende, daß auch dann, wenn die Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken eine Teuerungszulage bewilligt, diese nicht ausbezahlt werden kann, wenn der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die Genehmigung hierzu nicht erteilt. (Der Arbeitgeberverband hat bekanntlich eine Teuerungszulage grundsätzlich abgelehnt.) Trotzdem erklärte sich die Firma bereit, mit der Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken diesbezüglich in Verbindung zu treten.

Am 16. Juli belamen wir dann ein Schreiben von der Firma D. u. W., worin uns mitgeteilt wurde, daß die Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken es ablehnt, eine Teuerungszulage zu gewähren und ebenso der Landesverband Baden (Arbeitgeberverband für das Baugewerbe) mitgeteilt habe, daß nur die tarifliche Löhne erhöht werden dürfen. Dann wurde uns in diesem Schreiben anheim gestellt, uns direkt mit der Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken wegen der Teuerungszulage ins Benehmen zu setzen. Am 28. Juli wurde dem auch von uns eine diesbezügliche Eingabe an die Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken gerichtet, worauf dieselbe am 4. August folgende Antwort gab:

„Wir haben Ihre Zuschrift vom 28. v. M. erhalten und aus derselben ersehen, daß die Firma Dyerhoff u. Widmann es ablehnt, Ihren Bauarbeitern, welche an unserm Neubau beschäftigt sind, eine Teuerungszulage zu gewähren. Sie haben sich in derselben Angelegenheit, die wir einer eingehenden und wohlwollenden Prüfung unterzogen, nachher an uns gewandt und teilen wir Ihnen hierauf förmlich mit, daß wir eine Teuerungszulage an Arbeiter, die nicht in unserm Dienst stehen, grundsätzlich nicht gewähren können. Wir möchten Ihnen jedoch empfehlen, sich diesbezüglich nochmals mit der Firma Dyerhoff u. Widmann in Verbindung zu setzen, indem wir der Erwartung Ausdruck verleihen, daß die eingeleiteten Verhandlungen mit genannter Firma mit einem besseren Erfolg als bisher begleitet sein mögen.“

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Nach diesem Schreiben und insbesondere auf Grund des letzten Absatzes durften wir annehmen, daß zwischen der Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken und der Firma Dyerhoff u. Widmann bereits der Weg zur Erlangung einer Teuerungszulage für die Bauarbeiter durch Verhandlungen geebnet worden ist. In der Zeit vom 4. bis 12. August haben wir uns wiederholt mit der Firma D. u. W. wegen der Sache telephonisch in Verbindung gesetzt und wurde uns von dieser zuletzt am 12. August mitgeteilt, daß die Sache ihre Entscheidung noch nicht gefunden habe und daß die Firma sich zuerst noch mit dem Herrn Baurat Manz von Stuttgart, dem die Bauleitung seitens der Waffen- und Munitionsfabriken übertragen wurde, ins Benehmen setzen müsse. Dabei wurde uns bekanntgegeben, daß der Herr Baurat in den nächsten Tagen nach Karlsruhe käme. Auf unsere Anfrage, ob es nicht ermöglicht werden könne, daß wir gemeinschaftlich mit der Firma die Besprechung mit Herrn Baurat Manz führen könnten, teilte uns Herr Bedtel mit, daß dies nicht ginge, weil die Firma zuerst mit dem Baurat reden müsse. Wir haben dann am selben Tag (12. August) an Herrn Baurat Manz die Anfrage gerichtet, ob er nicht bereit sei, mit uns wegen der Teuerungszulage in eine mündliche Aussprache einzutreten. Die Antwort war eine Zustimmung und fand auch eine Aussprache am 19. August zwischen uns und dem Herrn Baurat an der Baustelle statt. Das Ergebnis war, daß Herr Manz erklärte, daß er am selben Tage noch mit der Firma D. u. W. verhandeln werde. Er sprach dabei den Wunsch aus, daß wir noch einmal mit der Firma D. u. W. reden sollten, da er sich einen besten Erfolg wie früher verspreche. Dies geschah dann am 21. August. Der Erfolg war gleich Null, weil Herr Bedtel erklärte, die ganze Angelegenheit sei noch nicht zum Abschluß gekommen. Wir haben dann vereinbart, daß uns die Firma D. u. W. schriftlich mitteilen solle, ob eine Teuerungszulage bewilligt werden soll oder nicht. Ein Schreiben haben wir trotz dieser Vereinbarung nicht bekommen.

Auf unsere Anfrage durchs Telefon am 7. September teilte uns die Firma durch Herrn Bedtel folgendes mit:

„Wir haben bereits vor zwei Tagen dem Bauführer Gruber den Auftrag erteilt, durch Anschlag an der Baustelle den Arbeitern bekannt zu geben, daß vom 8. September ab eine Teuerungszulage bezahlt wird und zwar in der Form, daß diese Arbeiter, die bei Fertigstellung des Baues noch beschäftigt sind, 5 Prozent ihres verdienten Lohnes als Teuerungszulage erhalten sollen.“

Daß diese Art der Auszahlung nichts weniger als einer Teuerungszulage gleichkommt, war uns klar und haben wir deshalb Herrn Bedtel sofort angefragt, ob es nicht ermöglicht werden könne, die Teuerungszulage in längeren Zeitperioden auszuzahlen, da doch gerade in heutiger Zeit die Arbeiter unter der Teuerung sehr zu leiden hätten. Gleichzeitig fragten wir an, ob es nicht ermöglicht werden könne, daß auch diese Arbeiter, die vor der Fertigstellung des Baues entlassen werden oder austreten, in den Genuss der Teuerungszulage kommen können. Herr Bedtel gab zu, daß eventl. in dieser Richtung ein Modus gefunden werden könne. Zu Ende konnte dieses Telephongespräch nicht geführt werden, weil Herr Bedtel mitteilte, daß er „von auswärts angerufen worden sei“. (Bisher wurden Gespräche immer vom Amt unterbrochen und mitgeteilt, daß der andere Teilnehmer von auswärts angerufen wurde.) Angerufen oder geschrieben hat Herr Bedtel als Vertreter der Firma Dyerhoff u. Widmann überhaupt nicht mehr.

Am selben Tag (7. Sept.) haben wir dann an Herrn Baurat Manz geschrieben und ihn gebeten, seinen Einfluß bei der Firma D. u. W. geltend zu machen, daß die Teuerungszulage in kürzeren Perioden an die Arbeiter bezahlt werden soll. Herr Baurat Manz sagte in einem Schreiben vom 9. Sept., daß er nochmals mit der Firma Rücksprache nehmen werde. Anstatt daß nun die Firma der Verhandlungsleitung ihren endgültigen Entschluß mitgeteilt hätte, hielt es der Herr Bauführer Gruber am



10. Sept. für notwendig, unsere Vertrauensmänner von der Baustelle in sein Büro zu rufen und ihnen mitzuteilen, daß sie es ihrem Zweigvereinsleiter Philipp zu verdanken hätten, daß die Teuerungszulage erst 14 Tage später in Kraft tritt. Damit sollten offenbar die Arbeiter gegen ihre Verbandsleitung sichergestellt werden.

Am 17. September beschäftigten sich nun die Arbeiter des in Frage kommenden Neubaus in einer Versammlung mit dieser Angelegenheit und wurde dort einmütig eine Entschließung angenommen, in der die Firma ermahnt wurde, die Teuerungszulage in kürzeren Zeitperioden auszugeben, weil die Lebensmittel umgehener teurer und von den Arbeitern doch in der jetzigen Zeit der Winterbedürfnisse, Kraut usw. und an Heizungsmaterial gedeckt werden muß. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß infolge der Witterungsverhältnisse die Tage kürzer und daher der Verdienst ein geringerer wird, so daß es kein unbilliges Verlangen sei, die einmal zugesagte Teuerungszulage in kürzeren Perioden auszugeben. Diese Entschließung wurde im Auftrag der Versammlung von uns am 18. September an die Firma und an Herrn Baurat Mang geschickt. Folgende Antwort ging am 23. September von der Firma bei uns ein:

Wir haben von der einmütig beschlossenen Resolution der am Bau Patronenfabrik beschäftigten Arbeiter aus Ihrem obigen Schreiben Kenntnis genommen. Wir haben Ihnen erklärt, daß wir den Arbeitern an der Patronenfabrik in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse eine Zulage in der Weise bewilligen wollen, daß wir 5 Prozent der Lohnsumme nach Fertigstellung der Baustelle ab 8. September an die Arbeiter zur Auszahlung bringen wollen, eine Maßnahme, die auch den Beifall des größten Teils der Arbeiter gefunden hat. (Das ist nicht wahr! Die Verbandsleitung.) Der Anschlag hierfür war bereits vorbereitet und sollte zum Ausgang gebracht werden. Da Sie es aber ablehnten, auf diesen Vorschlag einzugehen, (die einmütig beschlossene Resolution besteht demnach für die Firma nicht. Die Verbandsleitung), der selbstverständlich von uns auch so gedacht war, daß die Arbeiter, mehr als dies jetzt der Fall ist, der Baustelle erhalten bleiben sollten, konnten wir den Anschlag nicht machen und können irgend eine Neuregelung vorläufig nicht in Aussicht nehmen.

Es scheint uns kein anderer Ausweg als ein gegenseitiges Interesse zu liegen. Da Sie sich in derselben Angelegenheit an Herrn Baurat Mang gewandt haben, müssen wir dessen Herkunft abwarten.

So sieht also die Antwort der Firma auf den Beschluß der Arbeiter aus. Trotzdem Herr Baurat Mang bereits vor acht Tagen in Karlsruhe anwesend war, ist eine weitere Nachricht noch nicht erfolgt. Wenn nun bei der ganzen Angelegenheit berücksichtigt wird, daß die Firma seitens der Bauleitung die Abrechnung von 25 000 Mk. bewilligt bekommen hat und trotzdem nicht bereit ist, die Teuerungszulage in kurzen Perioden an die Arbeiter auszugeben, dann ist nichts näher liegend als den Verdacht an dieser Stelle auszusprechen, daß erstens der Arbeitgeber für das Paugewerbe in Deutschland, der bekanntlich grundsätzlich gegen eine Teuerungszulage an die Arbeiter ist, hinter der Entschließung der Firma steht und zweitens, daß die Firma nicht die Absicht hat, die ganze Summe an die Arbeiter auszugeben. Zu letzterer Annahme sind wir deshalb gekommen, weil am 8. September circa 400 Arbeiter in Frage kamen, deren Zahl bis zur Beendigung des Neubaus aber unter keinen Umständen beibehalten werden kann. Darüber kann jeder Sachverständige Auskunft geben. Also mit anderen Worten: Die Firma bekommt wohl Geld zur Teuerungszulage, aber diese Arbeiter, die vor Beendigung des Neubaus entlassen werden oder aus irgend einem Grund austreten, sind um die von der Bauleitung bewilligte Zulage geschädigt. Soll dieses Verhalten der Firma etwa ein Beitrag zur Erhaltung des berühmten „Burgfriedens“ sein?

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Oktober.

Das Karlsruher Paugewerbe. Wir machen unsere Leser auf ein soeben im Druck erschienenen Buch „Das Karlsruher Paugewerbe“ von Dr. Emil Heidegger (VIII u. 127 Seiten), Karlsruhe 1915 (W. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag), Preis 3 Mk., aufmerksam. Die Neudruckstadt Karlsruhe, die landesfürstliche Bauverwaltung ist eine Entzweiung der Stadt, hat eine so interessante Gewerbeentwicklung, daß eine Studie über das umfangreichste Gewerbe besonders beachtenswert erscheint. Hat doch gerade das Paugewerbe im Gegensatz zu den meisten anderen Gewerben eine dem Aufschwung der Industrie gleichlaufende Entwicklung genommen und in ihrem Dienste und damit in Dienste der Menschenkonzentration eine großartige Entwicklung entfaltet, von der ein Ende nicht abzusehen ist. Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über die historische Entwicklung des Karlsruher Paugewerbes seit Gründung der Stadt bis zur Gegenwart. Es das volkswirtschaftlich Interessante: die Zukunftsvisionen, die Unternehmensformen, die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse, daneben die Entwicklung des baugewerblichen Schulwesens hat der Verfasser im Zusammenhang dargestellt und besonders in klarer, übersichtlicher Weise den Gegensatz des zünftlerischen Paugewerbes mit seiner Gebundenheit zu dem modernen mit dem kapitalistischen Einschlag gegeben. Das Buch kann allen Baubehörden und Fachleuten, der baugewerblichen Organisationen und Schulen, schließlich allen Freunden und Interessenten Karlsruher Bau- und Gewerbeentwicklung empfohlen werden.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ — Ortsgruppe Karlsruhe hielt am letzten Freitag seine regelmäßige Monatsversammlung ab, verbunden mit einer kleinen Jubiläumsfeier des 25jährigen Bestehens des großen Vereins „Die Naturfreunde“, dessen erste Ortsgruppe am 18. September 1895 in Wien gegründet wurde. Die kleine Feier wurde der ersten Zeit entsprechend in schlichter Form begangen und durch einige Musikstücke unter gütiger Mitwirkung einer Abteilung Musiker der freien Turnerschaft eingeleitet. Genosse Müller als Mitbegleiter der hiesigen Ortsgruppe und eifriger Arbeiter der Naturfreundebewegung gab einen kurzen Überblick über den Wandel und die Entwicklung des großen Vereins. Wenn die Naturfreundebewegung gerade in Deutschland sich so rasch entwickelt hat, ist es nur der Arbeiterbewegung zu danken, die in den letzten Jahren so stark geworden ist, daß sie großen Einfluß erworben hat. Von der Zeit an, wo die Naturfreundebewegung in Deutschland Boden gefaßt hat, sind die Ortsgruppen wie Pilze aufgestanden und zählten bis vor Kriegsausbruch 34 000 Mitglieder in 379 Ortsgruppen. Wir können stolz auf die Entwicklung unserer Bewegung sein. Der Krieg schlägt jetzt zwar große Lücken in unsere Reihen und mancher brave Genosse liegt draußen begraben. Deshalb müssen wir danach streben, die Lücken wieder auszufüllen. Auch hier war es ein kleines Glück, denn von nur 15 Köpfen, als wir im „Auerbach“ am 11. Mai 1900 unsere Ortsgruppe gründeten. Wir hatten im Anfang viel Hindernisse, weil man befürchtete, andere Korporationen im Hinblick der Arbeiterkraft zu schädigen. Aber auch unsere Bewegung ist ein Teil der ganzen Arbeiterbewegung, alles was wir tun, muß auf dieses Ziel konzentriert sein. Wir haben die Aufgabe, die Leute hinauszuführen in unsere Heimat, in die Natur, in die frische reine Luft, damit wir uns stärken und den sozialen Kampf mit bestehen können. Wir müssen draußen in der Natur auch lernen, nicht nur des Sportes halber aus Freude zum Wandern, sondern auch unsere Kenntnisse in der Naturwissenschaft erweitern, die zur Bildung notwendig sind. Die Natur ist die erste Lehrerin. Die Naturfreunde haben

Bege und Gärten gebaut, wo der Besitzlose seine freien Tage zur Erholung verbringen kann. Der große Zuwachs ist der beste Beweis, daß unsere Bewegung berechtigt, ja sogar ein Bedürfnis geworden ist. Schon mancher, der uns bekämpft hat, ist zur Einsicht gekommen und aus dem Saulus ist ein Paulus geworden. Wenn die Glücke des Friedens wieder erblüht und, wie wir alle hoffen, unsere lieben Freunde wieder gesund zurückkehren, wollen wir geloben, in Treue zu unserem Verein zu halten und an unserem Werk weiter arbeiten, unsere Ideale bewahren, freie, frohe Menschen zu schaffen, dann haben wir eine Kulturaufgabe erfüllt für die Generationen, die nach uns kommen. Der allseitige Beifall war ein glänzender Beweis, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat. — Genosse Schulze dankte im Namen des Vereins für die trefflichen Ausführungen des Redners, sowie den Mitwirkenden, welche zur Verschönerung der kleinen Feier beitrugen.

Gartenbauverein. Nach der üblichen Sommerpause kamen die Mitglieder des Gartenbauvereins gestern abend im Saal 3 Schreyer erstmals wieder zusammen. Herr Gartenbauverein-Vize berichtete über die im Laufe des Sommers von allen Beteiligten geleisteten Arbeiten, um möglichst viel aus den in großer Zahl vorhandenen Gemüsegärten herauszuwickeln. Es wäre wünschenswert gewesen, durch Veranstaltung einer kleinen Ausstellung auch weiteren Kreisen zeigen zu können, was auf diesem Gebiete geleistet wurde. Die besonderen Verhältnisse und die schon vorgeordnete Jahreszeit lassen ein solches Unternehmen jedoch nicht mehr zu. Gab es bisher im Garten viel Arbeit, so kommt jetzt die Zeit des Einheimischen. Kartoffeln sollen erst dann an ihren ständigen Aufbewahrungsort gebracht werden, wenn sie vollständig trocken sind; sie sind luftig und dunkel zu lagern. Kraut bringt man in 50 Zentimeter tiefe Erdgruben, überdeckt es mit Brettern oder Strohdaken, um von Zeit zu Zeit lüften zu können. Im Keller kann es in feuchten Sand gelegt werden. Salat wird am besten in Mistbeetkasten aufbewahrt; wird er im Keller gelagert, so ist darauf zu sehen, daß er trocken eingebracht wird. Sellerie und Lauch können bei leichter Bedung im Freien bleiben; Mören, Unterfocobi und Gelbrüben bringt man am besten in Erdgruben. Nach Abräumen der Beete ist der Boden umzugraben, damit während des Winters Luft und Frost eindringen kann. Auch der Entfernungs des Unkrautes ist stets die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er schloß mit dem Wunsch, daß bei Beachtung der gegebenen Ratschläge der Erfolg im nächsten Jahr noch größer und besser sein, bei allem auch der Blumenpflege etwas Aufmerksamkeit geschenkt werden möge.

Hierauf hielt der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Augenarzt Dr. Schuler, den angekündigten Vortrag über die Ernährung des Körpers in der Hauptstadt. Er sprach über die menschliche Ernährung, die den uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln sind diese Stoffe in solchen Mengen vorhanden, die bei entsprechender Zuführung genügen, um den Verbrauch des Körpers wieder zu ergänzen. Zur richtigen Verarbeitung der dem Körper zugeführten Stoffe gehört aber auch Sauerstoff, der durch Bewegung in frischer Luft und durch öftere Lüftung der Wohnräume dem Körper zuzuführen ist. Wenn das Fleisch auch infolge der hohen Preise nicht mehr in so großen Mengen wie bisher verbraucht werden wird, so finden wir einen vollwertigen Ersatz für die darin enthaltenen Nährstoffe in den verschiedenen Pflanzennahrungsmitteln. Fette können zum großen Teil durch Butter und Stärkeerzeugnisse ersetzt werden. Sehr zu empfehlen sind Obst, Käse und Milch; auch Eier, wenn sie nicht zu teuer sind. Bei Mahlzeiten, die aus Wehl, Eier und etwas Obst mit Zucker zubereitet sind, kann der menschliche Körper gut bestehen. Fische sind ebenfalls gute Nahrungsmittel, desgleichen Kalb- und Milch. Malzsaft hat keinen Nährwert; die Nährstoffe des Malzes sind durch Verdrehen zerstört. Das Gesamtergebnis seines Vortrages ist, daß eine nicht zu fettsäure, bestehend aus gemischten Gemüsen, Obst und Zucker für den menschlichen Körper ausreichend und beförmlich ist. Durch reichen Beifall gaben die Anwesenden ihrem Dank für die lehrreichen Ausführungen Ausdruck; die Verteilung von Blumenwischen bildete den Abschluß des anregend verlaufenen Vereinsabends.

Lienhard-Abend. Am Mittwoch abend erfolgte in einer gutbesuchten Versammlung die Gründung des Ausschusses zur Veranstaltung eines Lienhard-Abends in Karlsruhe. Dem Ausschusse gehören namhafte Persönlichkeiten aus unserer Stadt an, darunter die angesehensten Vertreter der Kunst und des Schrifttums. In Aussicht genommen wurde, den Festabend am 19. Oktober abzuhalten, er wird aus zwei Teilen bestehen, einem Vortrag über das Leben und Schaffen des Dichters und der Rezitation einer Auswahl aus den Werken Lienhards. Für den Vortrag wurde bereits der belamte elsässische Dichter Christian Schmitz, ein persönlicher Freund Lienhards, gewonnen, für die Wiederholung der Dichtungen Lienhards das alleits geschätzte Mitglied unserer Gesellschaft, Hofkapellmeister Felix Baumbach. Ein hiesiger Freund Lienhards, Herr Stadtverordneter Hindenburg, hat bereits einen Vortrags für den Abend versprochen. Der Dichter selbst wird dieser Vortrags vorliegen.

Berufung nach Polen. Der hiesige Direktor des Karlsruher Postamts 2, Inspektor Kaspar Böffler, ist an die deutsche Postverwaltung in Warschau berufen worden und bereits nach seinem neuen Wirkungsbereich abgereist.

Kirchenkonzert. In den Ernst der Zeit würdiger Weise vereinigen sich die Gesangsvereine „Liederkreis“, „Männergesangsvereine“ und „Freundschaft“ des Vororts Müppur. Der Zweck der Vereinigung ist die Veranstaltung von Konzerten zu wohlthätigen Zwecken. Das erste beartige Konzert findet am 24. Oktober, nachmittags halb 4 Uhr, in der Kirche zu Müppur statt. Den Bemühungen der Leitung ist es gelungen, hervorragende Solisten zur Mitwirkung zu gewinnen. Herr Ad. Baum, Direktor des Musiklehrerseminars (Ceges), Herr Guido Lange (Sopran), Herr A. Behle (Bariton), Herr A. Gerber (Violine). Leiter der Männerchöre ist Herr Chorleiter C. Jassell.

Gesellschaft. Das Metische Bauerntheater wird heute Freitag zum erstenmale „Den heiligen Florian“, Satire in 3 Akten mit Tanz, geben. Dieses Stück wird morgen Samstag, Sonntag, 10. Oktober und Montag, 11. Oktober, wiederholt werden. Am Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 4 Uhr, wird die Bauernkomödie „s Musikantendeandl“ in Szene gehen. Dienstag, 12. Oktober, wird das vom Hans Berner geschriebene neue Stück „Dorfgefindl“, ein köstlich satirisches Spiel, gegeben werden. Die Vorstellungen beginnen jeweils abends 8 Uhr. Weiterer Spielplan folgt.

Letzte Nachrichten. Eine wichtige Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 8. Okt. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten erklärte Ministerpräsident Graf Hertling, er wolle alles daran setzen, um in der künftigen Westprechtung mit den beteiligten deutschen Eisenbahnerverwaltungen ein positives Ergebnis über den Streik der Reichsverwaltungen zu erzielen. In Bezug auf die römische Frage und die Aufhebung des Jesuitengesetzes lauteten die Erklärungen in gleich freundlichem Sinne wie in der letzten Sitzung. Weiter wurden u. a. besprochen Deutschlands militärische Sicherung und seine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Es wurde hervorgehoben, der Moment müsse benützt werden, Deutschland gegen die russische

Gefahr zu sichern. Ferner wurden behandelt die künftige wirtschaftliche und politische Annäherung an die verbündeten Staaten, die Erfolge der deutschen Schutzpolitik, die Grundsätze für den Abschluß von Handelsverträgen und die künftige Verkehrsbedeutung der Donau, hier besonders der weitere Ausbau der Donau-Regelung. — Zur „Entlastung“ der deutschen Diplomatie wies der Minister des Auswärtigen darauf hin, wie sich die Entente-Diplomatie in Deutschland getäuscht habe. — Im weiteren Verlauf hob ein Redner hervor, daß eine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen für die bayerischen Finanzen sehr günstig sein würde, wie überhaupt der jetzige Augenblick eine Einschränkung bzw. Aufhebung mancher Reservatrechte im Interesse der Einheit fördere, trotz allen Festhaltens an dem föderalistischen Gedanken. Der Minister des Auswärtigen erklärte, sich zu dieser allgemein gehaltenen Bemerkung kurzem nicht äußern zu wollen.

Ein Sohn Delcassés zu 1 Jahr Festung verurteilt. Magdeburg, 8. Okt. Die „Magdeburgische Zeitung“ meldet, der im Gefangenenlager Halle internierte Leutnant Delcassé, Sohn des französischen Ministers, sei wegen Gehorsamsverweigerung und Widersehlichkeit zu 1 Jahr Festungshaft verurteilt worden. Er hatte sich zu Beschimpfungen Deutschlands hinreißend lassen. Ein zweiter Offizier erhielt 1/2 Jahre Festung.

Die französische Kammer bewilligte die Anleihe in Amerika.

Paris, 8. Okt. (Agence Havas.) Die Kammer genehmigte gestern einstimmig die französisch-englische Anleihe von 2 1/2 Milliarden Francs, die in den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden ist. Finanzminister Ribot erklärte, der Abschluß der Anleihe sei durch die lebhafteste Zustimmung der öffentlichen Meinung begünstigt worden. Die Anleihe sei zur Bezahlung der in Amerika gemachten Käufe und zur Verbesserung des Wechselkurses bestimmt.

Entlarvter italienischer Schwindelbericht.

Innsbruck, 7. Okt. Das Höchstkommando verlaubar: Die im Cardona-Berichte vom 5. 10. aufgestellte Behauptung, daß es den Italienern gelungen sei, uns an der Wiederbesetzung des Torrione zu hindern, ist falsch und glatt erfunden. Die Kuppe ist, wie bereits verlaubar, am 23. 9. von uns stürmend genommen worden und seither in unserem Besitz.

Der Chef des englischen Landesgeneralstabs.

London, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Sir Archibald Murray ist zum Chef des Landesgeneralstabes ernannt worden.

Eine Niederlage der englischen Diplomatie.

Berlin, 7. Okt. Verschiedenen Morgenblättern zufolge, erklärt die „Daily Mail“ in einem Leitartikel, die britische Diplomatie habe wieder einmal versagt. In einigen Stunden hätten schon 400 000 Bulgaren, denen sich 150 000 Türken anschließen, bereit sein, die Operationen zu beginnen. Es sei möglich, daß Griechenland neutral bleibe, aber auch, daß es sich an Deutschlands Seite stelle. Serbien habe mit Oesterreich genug zu tun und die serbischen Verbindungslinien würden der Gnade der Bulgaren überliefert werden. Somit sei die Lage sehr ernst. Das Sturmzentrum sei nach Südosten verlegt. — Nach der „Times“ ist das vorherrschende Gefühl in Athen ein grenzenloses Staunen über die Entwicklung der Dinge.

Das neue griechische Ministerium.

London, 8. Okt. (Neuter.) Die Mitglieder des neuen griechischen Kabinetts sind: Zaimis; Borhis und Keuheres, Guararis; Inneres, Danakittas; Krieg, Kunduriotis; Marine, Dragumis; Finanzen, Theototis; Handel und Unterricht, Hallis; Justiz und Eisenbahnen. In der Besetzung des Kriegsministeriums wird vielleicht noch eine Aenderung eintreten. Das neue Kabinet wird am Montag vor der Kammer erscheinen.

Der griechische König für die Neutralität.

Mailand, 6. Okt. (Neber Vern.) „Secolo“ übernimmt eine Meldung des Athener Blattes „Esperini“, worin das Entstehen der Ministerkrisis folgendermaßen geschildert wird: Nach den Erklärungen in der Kammer hatte König Konstantin mit Venizelos eine Unterredung, wobei der König erklärte, daß er die Mobilisation als Vorbedingung und Verteidigungsmittel gutgeheißenen habe, ein Eingreifen in einen verhängnisvollen Krieg zur Verteidigung Dritter aber nicht billigen werde, einem Krieg, zu dem Griechenland auf Grund schriftlicher Abmachungen durchaus nicht verpflichtet sei.



Kriegs-Kornfrack ist der Ersatz für Bohnenkaffee. Er ist gut und billig. Das ganze Paket kostet 50 Pfg. Mit Milch und Zucker ist Kriegs-Kornfrack ein nahrhaftes Getränk für Kinder und Kranke.



Italien und Bulgarien.

Rom, 6. Okt. (Agenzia Stefani.) Der Minister des Auswärtigen Sonnino hat heute dem bulgarischen Gesandten die Pässe zugestellt.

Verlegung der serbischen Regierung nach Prischina.

Basel, 6. Okt. Einer Privatmeldung der „Baseler Nachrichten“ aus Mailand zufolge traf die serbische Regierung schon alle Maßnahmen, um den Sitz der Skupschtsina, der Banken und der wichtigsten Staatsämter nach Prischina zu verlegen.

Die enttäuschten Italiener.

Turin, 8. Okt. Die „Stampa“ schreibt zu der Balkanfrage u. a.: die Albener Ereignisse hätten in ganz Italien den Eindruck einer schlimmen Komödie gemacht, die alle verlezt. Seit Italiens Aufbruch nach Rumänien, das nach farbigen Zeitungsdruden sehnsüchtig bis zu den Zähnen bewaffnet nach der Stammutter Rom

ausschaue, seien Monate verronnen. Heute bejähne am ganzen Balkan kein Staat mehr Friedfertigkeit als Rumänien. Das letzte Zeitmotiv einer neuen Balkanliga gegen die deutschen Barbaren sei ein Meisterwerk von Rauidität gewesen. Phantastereien seien im Kriege ein Verbrechen. Das Pflichtschlicht: Jetzt sei die letzte Illusion überwunden, doch solle man sich über die noch so bedauerliche Tat Griechenlands nicht zu sehr betrüben, wenn sie nun endlich den mangelnden Sinn für die Wirklichkeit bewirke.

Präsident Wilson vermählt sich.

Washington, 7. Okt. Das Reiterische Büro meldet die Verlobung des Präsidenten Wilson mit Frau Norman Golt. Die Vermählung wird wahrscheinlich im Dezember stattfinden.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1,02 m, gef. 6 cm, Rehl 2,50 m, gef. 5 cm, Maxau 3,95 m, gef. 7 cm, Mannheim 3,11 m, gef. 7 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Samstag, 9. Okt., abends halb 9 Uhr, Turnratsitzung in der „Gambrius-halle“. Der bevorstehenden Generalversammlung halber ist das Erscheinen aller Funktionäre erwünscht. 7962  
Karlsruhe. (Naturfreunde.) 10. Oktober Abfahrt 6,28 Uhr nach Gernsbach, Kleinfenstein, Gernsbach. 7966

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für die Anzeigen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Ein Telegramm aus dem Kaiserlichen Hauptquartier ist im heutigen Anzeigenblatt unserer Zeitung abgedruckt und dürfte das Interesse, besonders unserer Hausfrauen erregen. Durch dieses Telegramm erhielt vor kurzem die Firma Werner und Wenz, Mainz, einen Auftrag, sofort 1000 Dosen Erdal-Schubstrem an das Hauptquartier Sr. Majestät des Deutschen Kaisers zu liefern. Da keinerlei Angebot oder empfehlende Anpreisung vorausging, war hier offenbar allein die hervorragende Qualität von Erdal Anlaß zur Bestellung — gewiß eine Form der Anerkennung, zu der man der Fabrik Glück wünschen kann.

Bucherer

7953 empfiehlt

Rotkraut

Pfd. 8 Pfg.

Zentner 7 Mk.

Filder-Weißkohl

abgeholt 3tr. Mk. 4.30

zugeführt 3tr. Mk. 4.50

Bucherer

und Filialen. Telephon 392.

Bekanntmachung.

In den Geschäftsräumen der städtischen Spar- und Pfandkassette (Karl-Friedrich-Str. 8) und in Räumen des Rathhauses wurden u. a. folgende Gegenstände aufgefunden:

7956 eine Geldbörse mit Inhalt, Handschuhe, Schirme, eine Brille und ein Zwicker.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den erwähnten Sachen binnen drei Wochen beim städtischen Hauptsekretariat (1), Rathaus 2. Stock, Zimmer 76, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.

Karlsruhe, 6. Okt. 1915. Das Bürgermeisteramt.

Neu eingetroffen:

Plüschmäntel haarend billig, 102

Jackenkleider schwarz, blau u. farbig 1975 an

Damenmäntel 1375 an

Damenröcke 375 an

Sackfrischröcke 185 an

Damenblusen 95 Pfg. an

Kindermäntel, Pelertinen in allen Größen.

Keine Ladenmietete, billigt. Preise. Wilhelmstr. 34, 1. Sr.

Kriegsangehörige extra Rabatt.

Wash- und Putzfrau, laubere, sofort gesucht. Luisenstr. 24, 3. St. r. 7965

Billigste Kaufgelegenheit in teuren Zeiten.

Total-Ausverkauf wegen Umzug!

Herren-Burschen-Knaben-Kinder-Ulster u. Paletots

in I- und II-reihig modernsten Formen

zum Teil bis zur Hälfte des früheren Wertes.

Die heutigen Preise sind neben den früheren deutlich mit Blauschrift vermerkt.

Trotz der billigen Preise Rabattmarken oder 5% in bar.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Karlsruhe Kaiserstr. 115 Ecke Adlerstr.



Karlsruhe Kaiserstr. 115 Ecke Adlerstr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 24. Oktober, mittags 2 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, vierteljährliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal.

2. Beratung der eingelaufenen Anträge.

Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, den 18. Oktober, eingereicht sein.

Nach § 4 Absatz 1 des Ortsstatuts setzt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Einkassierer) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen.

Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte.

Die Ortsverwaltung.

Druckarbeiten-Vergebung.

Die aus Anlaß des Landtags 1915/16 bei der Zweiten Kammer erwachsenden Druckarbeiten sollen im Wege des Angebots in Lieferung gegeben werden. Die Angebote sind bis längstens zum 20. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, dorthin einzureichen, wo auch die Vertragsbedingungen zur Einsicht aufstehen.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1915. 7949 Archivariat der Zweiten Kammer. A. Kolb.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Sobeen erschienen:

Kurs-Buch Großh. Badischen Eisenbahnen

Bearbeitet im Betriebsbüro der Großherzogl. Generaldirektion. Preis 50 Pfg.

Blitz-Fahrplan

Preis 25 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksfreund“ Luisenstraße 24. — Tel. 128.

Regenschirme

staunend billig. 7843 Wilhelmstr. 34, 1. Tr.

Diwans

neue, gr. Auswahl, v. 28, 35 und 40 M. an, hochf. Dessins von 55 M. an. 7896 R. Köhler, Schützenstr. 25.

Alle Druck-Arbeiten liefert rasch und billig Druckerei Volksfreund Luisenstrasse 24 Teleph. 128.

Fisch eingetroffen:

Gelee-Heringe

1/2 Pfd. 20

4 Liter-Doze Mk. 5.-

Bucherer

und Filialen 7954

Chaiselongue, neu von

7897 Schützenstraße 25.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft. G. Meck, geb. Stürmer Erbprinzenstr. 21, 2. Stod.

Tagelöhner

werden sofort gesucht von Billing & Zoller u. G.

7958 Zepelinstraße.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, geb. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgebisse, Pfandscheine, Möbel, Reiselofer. 7915

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Freitag u. Samstag

Kommen circa

1200 Pfund junge Edelhirsche

zum Verkauf und empfehle Rücken, Schlegel, Flüge und Ragout

pfundweise im Ausschnitt.

Ferner empfehle: Rehschlegel und Rücken

in jeder Größe, auch geteilt Flüge und Ragout.

Große Bergbasen

bayer. auch zerlegt in allen Teilen.

Fasanen, Feldhühner, feinstes Tafelgeflügel.

ff. holl. Angelfisch, Karpfen, Iob. Forellen, Karpfen, Schleien, Kals, Dichte, Rheinfalm, Fischräucherwaren und Marinaden.

Carl Pfeifferle

23 Erbprinzenstraße 23 Telephon 1415. 7964



